

Danziger Zeitung.

No 7072.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 Gr. Auswärts 1 R 20 Gr. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 Gr., nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer und Ad. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hasenhein & Bogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schipper; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Lotterie.

1. Klasse. 1. Ziehungstag am 4. Januar. Es fielen 5 Gewinne zu 70 R auf Nr. 50,833 53,620 74,370 79,144 90,280.
14 Gewinne zu 60 R auf Nr. 645 10,180 30,516 30,803 31,064 38,139 46,156 46,847 48,450 49,820 49,997 57,420 65,514 91,622.
21 Gewinne zu 50 R auf Nr. 7365 7600 11,795 16,117 20,991 22,037 23,044 23,319 24,182 32,950 34,610 34,654 36,067 36,829 54,018 62,388 74,334 74,492 80,057 87,195 89,957.

Deutschland.

Berlin, 3. Januar. Die Luxemburger Eisenbahnfrage hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch ihre politische Bedeutung. Bis jetzt herrschte die dortige Regierung noch den Anschein zu suchen, die Unterordnung sich gefallen zu lassen, die unter den gegenwärtigen Umständen allein geboten erscheinen. Doch das wird bald anders werden, denn die geschäftlichen Interessen stehen in dieser Angelegenheit schließlich doch über den politischen. Statutenmäßig darf die Gesellschaft Guillaume-Luxemburg, welche die Eisenbahn gebaut hat, sie abtreten und vermieten, aber nicht an einen fremden Staat. Nun ist aber diese ganze Neg für 25 Jahre an die französische Ostbahn am 26. Januar 1868 verpachtet worden, gegen einen Pacht von 3 Millionen Franken jährlich. Die Ostbahn hat diesen Pachtvertrag direct oder indirect an die deutsche Reichsregierung abgetreten, und diese soll nun ihre Rechte auf den Betrieb durch die Elsäßer Betriebscommission ausüben lassen. Es liegt allerdings etwas Conträrwideriges in diesem Erscheinen der Elsäßer Betriebscommission auf den luxemburgischen Eisenbahnen, und die Landesregierung hätte das Recht, der Betriebscommission den Betrieb zu untersagen. Die luxemburgische Regierung hat ebenso das Recht, von der Gesellschaft Guillaume-Luxemburg zu verlangen, daß sie selbst, oder durch eine andere Gesellschaft, welche genügende Garantie bietet, den Betrieb übernehme. Nun aber wird sich der Guillaume-Luxemburg hüten, diesen Schritt zu thun, da er ja sein Recht abgetreten hat und ferner die 3 Millionen Pacht, welche die Ostbahn ihm bezahlen muß, verlieren würde. Dem Guillaume-Luxemburg gegenüber hat die Ostbahn die Verpflichtung, die 3 Mill. zu zahlen. Der Guillaume-Luxemburg hat aber nicht zu fragen, wem weiter die Ostbahngesellschaft die Pacht abträgt, das vorzüglich nicht, ob die Eigenschaft des ersten Pächters eine Auflösung des ganzen Pachtverhältnisses nach sich ziehen kann. Das hätte die Ostbahn gegen den Guillaume-Luxemburg zu verantworten. Wie sich nun Ostbahn und Betriebscommission die Schwierigkeit abwickeln würden, ist zu erwarten. Die Luxemburger glauben die Schwierigkeiten dadurch zu lösen, daß das Land selbst den Betrieb übernimmt. Wenn sie auch auf einmal die 10 oder 15 Mill. Franken aus dem Aermel schütteln könnten, um das Material anzuschaffen, so erübdie noch die Frage, was würde entstehen, wenn bei Ausbruch dieses Willens die deutsche Reichsregierung (welche das vollständige Recht dazu besitzt) der französischen Ostbahn, in deren Rechte sie steht, auf einmal erklärt, nun wäre es Zeit abzugeben! Wie lange würden die Eisenbahnen unbefahren bleiben, bis Material und Personal organisiert wären? Welche Stellung würde die Regierung dem Guillaume-Luxemburg gegenüber einnehmen, welcher doch durch gültigen Vertrag an die Ostbahn den Betrieb überlassen hat, eine Cession, welche die luxemburgische Regierung genehmigt hat. Die Ostbahn weiß, daß auf einen Wink der Reichsregierung sie von Luxemburg abziehen muß; und hat sich den Betrieb so leichnam als möglich eingerichtet. Weber Bahn noch was daran hängt, wird ordentlich repariert. Das Personal vernachlässigt sich und ist entmuthigt. Der Betrieb wird schlecht und unsicher geführt. Es ist seit

daß diesem Zustande abgeholfen werde. Dort hofft man, daß sobald die Elsäßer Betriebscommission ihr Material und Personal vorbereitet hat, sie der Ostbahngesellschaft den Befehl zum Abzuge giebt. Dann hat die Regierung bloß die Wahl, entweder das Gesetz, welches alle auswärtigen Staaten ausschließt, abzuändern, oder Gras auf der Eisenbahn wachsen zu lassen.

Die Organisation des Torpedowesens der kaiserlichen Marine nimmt stetigen Fortgang: es werden für die Torpedo-Abtheilung in Wilhelmshaven eine Caserne und ein Wohnhaus für acht Offiziere erbaut und außerdem Depots in Wilhelmshafen und Friedrichstert zur Unterbringung von Torpedo-Material errichtet, zu dessen Beschaffung 20,000 Thlr. bestimmt sind. Zur Herstellung von Fahrzeugen werden 1872 etwa 190,000 Thlr. und zur Herstellung eines Reghafens über 60,000 Thlr. verwendet werden. Augenblicklich halten sich viele Matrosen von der Kieler Torpedo-Station in Berlin auf, welche dorthin commandirt sind, um im Königl. General-Telegraphen-Amt die Telegraphie zu erlernen.

Nach einer von der Remonte-Abtheilung des Kriegsministeriums neuerdings veranstalteten Zählung des Pferdebestandes für Preußen hat sich herausgestellt, daß in den gesammten preussischen Provinzen 2,314,000 Pferde vorhanden sind. Es kommen somit auf die Quadratmeile 3800 Menschen und 360 Pferde, auf je 1000 Menschen 97 Pferde und auf je 100 Pferde 17 Fohlen.

Oesterreich.

Wien. Unsere Wahlreform soll nun endlich zur Thatsache werden, und in verfassungstreuen Kreisen setzt man auf diese Reformen große Hoffnungen. Hat die von verfassungstreuem Geiste erfüllte Thronrede auch einen sehr guten Eindruck gemacht, so enthält sie doch mehrere Punkte, bezüglich welcher eine Auffklärung nothwendig ist. Alles was verfassungstreu denkt und fühlt, ist darin einig, daß der wahre Parlamentarismus ohne Durchföhrung der vollen Unabhängigkeit der Centralverwaltung garantirenden Wahlreform auf die Dauer nicht denkbar ist. Gerade in Bezug auf diese letztere spricht sich aber die Thronrede in sehr vorsichtiger Weise aus und umgeht jede bindende Zusage bezüglich der Initiative in der Wahlreformfrage. Von gut unterrichteter Seite hört die „Schl. Ztg.“, daß die Regierung die Vorlage eines Wahlgesetzes beabsichtigt. Dann wäre es jedoch angezeigt gewesen, dies klar und deutlich auszusprechen. Daß bei der Wahlreform das Gruppensystem beibehalten werden soll, kann als sicher betrachtet werden und darauf deutet auch der Passus der Thronrede hin, in dem es heißt, daß bei der Wahlreform alle „vertretungsberechtigten Interessen“ gewahrt werden sollen. Die Polen haben bereits die Resolution des Lemberger Landtags als selbstständigen Antrag eingebracht. Um so wichtiger ist es daher, daß zugleich auch die Wahlreform in Angriff genommen und die Erfüllung der Wünsche Galiziens von dem polnischen Votum für die Wahlreform abhängig gemacht wird. Bringt die Regierung nicht schon in den nächsten Tagen in Bezug auf diese letztere eine Vorlage ein, so muß die Verfassungspartei die Initiative ergreifen und unverzüglich mit dem Antrage auf Einführung direkter Reichstagswahlen vorgehen. Nur gleichzeitig mit dem Ausgange mit Galizien darf die Wahlreform beschloffen werden, denn im andern Falle, wenn uns nicht die directen Wahlen ein starkes unabhängiges Centralparlament sichern, würde dem Ausgange mit Galizien bald der mit Böhmen, Krain, Tirol u. s. folgen müssen, bis schließlich Verfassung und Reichsrath nur noch in der Erinnerung leben würden.

England.

London. Es wird berichtet, daß die Königin das Parlament persönlich eröffnen werde, wenn einer

seits ihr eigener Gesundheitszustand es gestattet und andererseits alle Vorfälle um den Prinzen von Wales vollständig geschwunden sind. Der Brief, den die hohe Frau anlässlich der ihr von dem englischen Volke während der Krankheit des Prinzen von Wales erwiesenen Theilnahme an ihre „Unterthanen“ gerichtet hat, giebt der „Times“ Anlaß zu einem von wärmster Verehrung für die Person der Königin erfüllten Artikel. Das Blatt hebt das Ungeduldliche des Schrittes hervor. Binnen Monatsfrist hätte die Königin in der Thronrede dem Volke ihren Dank für dessen feurige Loyalität aussprechen können, aber die Beziehungen zwischen ihr und der Nation seien während der letzten Monate so herzlich gewesen, daß sie ihre Dankesworte nicht habe zurückdrängen können. Der gerechte und dankvolle Ausdruck der Gefühle der Königin werde in England ausnahmslos Freude hervorrufen. Der Brief trönte das glückliche Resultat, das aus der Zeit schwerer Krankheit und erster Besorgnis hervorgegangen sei. Er beende ein bemerkenswerthes Mißverständniß zwischen der englischen Krone und dem englischen Volke. Die Monarchie sei in England eine geschichtlich begündete Thatsache, und ein überaus glücklicher Umstand sei es, daß der Charakter und der Lebenswandel des Souveräns die angeborne englische Loyalität verstärke. In entzückender Periode müsse der Engländer zurückdenken, um einen Moment zu finden, in welchem die Beziehungen zwischen Krone und Volk durch persönliche Sympathien verästelt wurden, wie solche jetzt zwischen der Königin und den Briten bestehen.

In London macht sich der Mangel an Silbermünze, über welchen schon seit langer Zeit Klage geführt worden ist, gegenwärtig ganz besonders fühlbar. Eine der ersten Banken versuchte gestern vergeblich, 500 £ in Silber auszutreiben, um einem Auftrage aus der Provinz gerecht zu werden. Nur 100 £ konnten beschafft werden, und eine Anfrage an der Münze wurde abschlägig beschieden.

Frankreich.

Paris, 1. Januar. Das neue Jahr bringt den Pariser und Frankreich zunächst die Wahlen. Auf der Pariser Candidatenliste steht jetzt nur noch Victor Hugo. Nadaud hat ihm gegenüber auf jede Bewerbung verzichtet, von Boutray erwartet man ein Gleiches, und der Breßvereiner hat, nachdem er überall an verschlossene Thüren geklopft, erklärt, er wolle jetzt warten bis von anderer Seite Vorschläge gemacht würden. Augenscheinlich wird die Wahlbewegung jetzt von den freien Clubs geführt, obwohl sie keine berühmte Namen an ihrer Spitze haben und auch ziemlich respectlos auftreten. Sie haben es durchgesetzt, daß Victor Hugo das „contractuelle“ Mandat anerkannt hat und sie machen seiner Candidatur selbst jetzt noch Schwierigkeiten, weil er sich weigert, vor den Wählern zu erscheinen. Die „Debats“ machen auf die Gefahr aufmerksam, welche Seitens der Bonapartisten droht. Dies ist hauptsächlich auch der Grund, weshalb sie wollen, daß man für Boutray stimme; man werde, meinen sie, so der Schwach entgegen, daß entweder die Imperialisten oder die Radicals siegen würden. Bezeichnend für die Verhältnisse ist es übrigens, daß die royalistische Partei in Paris fast ohne allen Anhang ist und daß hier das Wort Gambetta's sich bewahrheitet, daß in Frankreich nur zwei Parteien möglich sind, nämlich der Radicalismus oder der Imperialismus. In der Provinz hat der Royalismus auch nur geringen Anhang und er wird dort nur wenige Candidaten, vielleicht gar keinen durchbringen. Im Süden werden die Radicals wohl den Sieg davontragen. Gambetta, der eben dort seine Wahlreise macht, wurde in Marseille mit Wärme und in dem raitalen Toulon mit wahrer Begeisterung empfangen. Sein Einzug in die letztere Stadt gestaltete sich zu einem wahren Volksfeste, er wurde im Triumph nach seinem Hotel geführt und dort durch die entzückten Rufe der

Menge genöhigt, mehrmals auf dem Balkon zu erscheinen. Des Abends gab man ihm ein Banket, welchem der Maire der Stadt und die meisten Gemeinderäthe beiwohnten. Der Hauptzweck dieser Rundreise ist allem Anscheine nach die Unterstützung in ihrer befreundeten Candidaturen, so des Herrn Challemeil-Lacour für Marseille und des Herrn Freycinet für Toulon; doch soll Gambetta, ehe er nach Paris zurückkehrt, in Marseille noch eine große politische Rede halten.

Russland und Polen.

Wie früher gemeldet, besuchte Prinz Friedrich Carl während seiner Anwesenheit in Moskau das Lyceum. Bei dieser Gelegenheit hatte der Prinz eine Unterhaltung mit Rastow, welcher bekanntlich neben seiner pädagogischen Stellung auch als Redacteur der „Moskauer Ztg.“ fungirt. Darüber berichtete die „Die Russische Welt“ Folgendes: Anfangs betraf das Gespräch das Lyceum. Darauf wandte sich der Prinz zu Rastow mit folgenden Worten: „Sie stehen aber außerdem an der Spitze eines Organs, das von großer Bedeutung ist. Sie sind viel geachtet, auch gefürchtet, aber auch geliebt. Es ist mir bekannt, daß Sie den nationalen Standpunkt festhalten; ich weiß aber nicht, in welchem Maße es gerechtfertigt ist, was man von Ihrer Richtung erzählt. Man sagt, Sie wünschten, daß die Volkshörlichkeit sich in vollständiger Absonderung von der europäischen Cultur entwickle.“ Unfere Ansichten sind oftmals von unsern politischen Gegnern entstellt worden (antwortete Rastow). Wir haben nicht selten gegen die Meinungen polemisiert, auf welche Em. Hoheit hindeuten. Wir sind der Ansicht, daß Russland sich nicht von der Welt absondern solle, daß unsere Volkshörlichkeit sich in ihrer Entwicklung dem allgemeinen Leben der gebildeten Menschheit anschließen müsse. Insbesondere schätzen wir die deutsche Cultur, der wir so sehr verpflichtet sind. Wir beide haben unsere Studien an deutschen Universitäten gemacht. Wir schätzen die Höhe der deutschen Wissenschaft und den stillen Bau des deutschen Lebens. Es ist unser lebhafter Wunsch, daß unsern Volke diejenigen Mittel der höheren Bildung zu eigen werden möchten, welche die Macht der deutschen Cultur bilden.“ In diese Inhaltsangabe des Gesprächs genau, so wird das gestrige Telegramm unverständlich, nach welchem die „Moskauer Ztg.“ diesen Bericht als unrichtig bezeichnet. Rastow protestirt gegen dieselben, da sie ihn als unbescheiden erscheinen lassen würden, und betont, daß das Gespräch ein rein privates gewesen sei.

Helsingfors, 24. Decbr. Die russische Regierung hat in diesen Tagen eine Verordnung über das Schulwesen in Finnland erlassen, welche einen neuen Schritt zur Russifizierung dieses Landes theils bezeichnet. Es wird nämlich die Errichtung zweier neuer Lehranstalten in Helsingfors und St. Michel angeordnet, die theils zur Ausbildung von Beamten, theils als Musteranstalten für die Einrichtung des ganzen höheren Schulunterrichts dienen sollen. In dem Lehrplan ist der russischen Sprache ein hervorragender Platz eingeräumt, während der Unterricht im Finnischen und Schwedischen auf wenige Stunden beschränkt wird.

Italien.

Rom, 30. Dec. In der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar findet die zweite Volkszählung im Königreich Italien statt: die erste geschah vor zehn Jahren. Für Rom ist diese zweite die erste, und das neue Ereigniß giebt einem Theile der Bevölkerung Anlaß zu Befürchtungen und Hoffnungen eigenthümlicher Art. Im Vatican betrachtet man die Volkszählung als ein Unternehmen der Gottlosigkeit, als ein wahres Teufelswerk; doch ist man eben deshalb geneigt, darin ein Zeichen zu erkennen, welches bedeutet, daß die Zeiten bald voll, daß der Triumph der Kirche nahe sei. Da übrigens der heilige Joseph dem Befehl der Regierung Gehorsam leistete,

schwerde geführt und harret vorläufig mit Geduld auf den Bescheid.

Die Weichstuhl-Affaire zu Linz

im dortigen Carmeliterkloster bildet noch immer das Hauptthema des Tagesgesprächs. Die Nachricht, daß die kaiserliche Staatsbehörde die strafgerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet habe, bestätigt sich. Die Mutter der unglücklichen Anna Danzinger wurde schon zwei Mal verhört. Das erste Mal stimmte ihre Aussage mit den von den Journalen gebrachten Daten in allen wesentlichen Punkten vollkommen überein, das zweite Verhör lieferte aber schon den Beweis, daß von gewisser Seite tiefste Gehebelarbeit wurde, um die alte, ungebildete Frau einzuschüchtern und umzustimmen; sie deponirte mit großer Befangenheit, widersprach sich öfters und zeigte das Bestreben, den glücklichen Fall in einem milderen Lichte darzustellen. Dieses Benehmen der alten Danzinger ist ganz begreiflich, denn es wurden alle Versuchungen von Linz angeboten, um der alten Frau die Hölle recht heiß zu machen. Kürzlich besuchte ein Herr die Danzinger, um den genauen Sachverhalt von ihr selbst zu erfahren. Kaum hatte er die Wohnung betreten, ließen die vielen im Hause und in der Nachbarschaft wohnenden „frommen“ Weiber, die ihn für eine Gerichtsperfon hielten, zusammen, brangen in das Wohnzimmer der Danzinger und wollten die Unterredung des Fremden mit der Alten verhindern mit den Worten: „Sie dürfen mit ihr nicht allein reden, denn sie ist schon ein halbes Jahr nicht recht bei Sinnen, fragen Sie uns, wir wissen es besser.“ Der Vater Gabriel ist unschuldig u. s. w.“ Unter solchen Umständen wird es dem Untersuchungsrichter schwerlich gelingen, sichere Anhaltspunkte zur Einleitung des Strafverfahrens zu gewinnen. Das bischöfliche „Volkblatt“ schmeißt begreiflicherweise Wuth und bezeichnet die Veröffentlichung dieser Schandthat als

eine gemeine Vöberei, bestimmt, einen achtbaren Priester, „der als schneidiger Prediger gegen den Liberalismus bekannt ist“, um seine Priester-Ehre zu bringen. Um der Welt zu zeigen, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort sei, mußte Vater Gabriel beim Hauptgottesdienste die Predigt halten. Mit dieser Demonstration hat man das gerade Gegenheil von dem erreicht, was man beabsichtigte. Man ist empört darüber, daß ein Mann, der eines derartigen Verbrechens beschuldigt wird, das Wort des Herrn von der Kanzel zu verkünden mag, bevor er sich von dem schweren Verdachte gereinigt hat. Wie alljährlich, so hielt auch am 1. Januar der Bischof bei der „Dankfagungs“-Vesper in der Domkirche eine Anrede an seine Herde. Er behandelte hauptsächlich das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit und warf einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr. „Vier wichtige Ereignisse“, sagte der bischöfliche Redner, hat Linz in diesem Jahre erlebt, vier fremde: das Papstjubiläum und die General-Versammlung des katholischen Volksvereins, und zwei traurige: den österreichischen Lehrvertag (!) und den Vortrag des Professors Michels gegen die Unfehlbarkeit.“ Ueber das jüngste Ereigniß im Carmeliterkloster schweigt der Hochwürdigste. Vielleicht war er darüber noch nicht im Reinen, ob es zu den erfreulichen oder traurigen gehört.

Bekanntlich beansprucht der Polizeichef in Magdeburg für seine und die Familien seiner Stellvertreter eine Prosceniumloge zur täglichen unentgeltlichen Benützung. Ob die Gemahlin und die Töchter des hohen Polizeigewaltigen dort auch in amtlicher Eigenschaft erscheinen und wirken, ist nicht erwiesen. Die Frage, ob Director Asch verpflichtet ist, eine Prosceniumloge im ersten Rang, für welche ihm

1000 R. geboten worden, dem Polizeipersonal unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, ist in der höheren Instanz, welche Hr. Asch gegen die Ansprüche des Polizeipräsidenten angerufen, noch nicht entschieden. Bis dahin versucht der Hr. Polizeipräsident seine Ansprüche in eigenthümlicher Weise aufrecht zu halten, wie aus folgender, von Hr. Asch in der „Magdeb. Ztg.“ bekannt gegebenen Polizeiverfügung erhellt: „Magdeburg, 6. Dezember 1871. Der Polizeipräsident hat gestern der Tochter des Hrn. Polizeiraths Geist den Zutritt zur Prosceniumloge angeblich auf Ihre Anordnung verweigert. Sie wissen, daß für mich und meinen Stellvertreter stets 4 Plätze in gedachter Loge offen gehalten werden müssen, so lange höheren Orts die frühere Bestimmung nicht aufgehoben ist. Deshalb fordere ich Sie hiermit gemessen auf, diese Anordnung sofort aufzuheben, auch den Schließer mit der nöthigen Anweisung zu versehen und zwar bis vor dem Beginn der heutigen Vorstellung. Sollten Sie dieser Weisung nicht nachgekommen sein, so würde ich eine Executivstrafe von 5 R. gegen Sie festsetzen und dieselbe bei fortgesetzter Weigerung steigern. Außerdem befanden sich gestern wiederum nur zwei Stühle gegen die Ihnen unter 2. d. R. zugegangene Weisung in der Loge. Ich setze deshalb die androhte Strafe von Einem Thaler gegen Sie hiermit fest, die Sie bei Vermeidung der Execution binnen drei Tagen an die Polizeikasse zu zahlen haben. Im Wiederholungs-falle wird die Executivstrafe hiermit auf zwei Thaler angedroht. Der R. Polizeipräsident: gez. v. Gerhardt. Da Hr. Asch durch die belästigte Executivstrafe der Rechtsweg abgeschnitten ist, so hat er, um sich vor der androhten Execution zu schützen, die Strafe bezahlt, zunächst aber bei der vorgesetzten Dienstbehörde des Hrn. Polizeipräsidenten über die Verfügung Be-

* [Zur Frachfrage.] Aus Baden, Ende Dezember, schreibt die „Neue Bad. Ztg.“: „Seit dem letzten Kriege macht sich auch in denjenigen Gesellschaftskreisen, in welchen vorzugsweise auf die Form Gewicht gelegt wird, eine entschiedene Bewegung gegen den Frach bemerkbar. Niemand, er sei denn ein Suppliment, erscheint mehr bei den Ministern oder dem Reichstanzler im Frack. Aus dem Reichstage ist er verschwunden und siehe da, auch in Karlsruhe, in unserem kleinen parlamentarischen Kreise haben jetzt schließlich die Präsidenten der Kammern mit den Ministern und den Herren der ersten Kammer den Frack abgelegt und erscheinen in den Sitzungen in dem gewöhnlichen deutschen bürgerlichen Rode. Ob dieser Anti-Frachbewegung nationale Beweggründe mit unterliegen, wissen wir nicht; aber gleichviel auf welchen Motiven sie beruht, sie ist gegen einen alten Pops in Gestalt des Fracks, dieser posierlichsten aller Herrenmoden, gerichtet und wir tragen ihr unsere volle Sympathie entgegen. Vielleicht daß der bevorstehende Jahreswechsel auch solchen offiziellen Kreisen, die bisher mit einer Ausdauer, welche einer besseren Sache würdig wäre, an dem Gedanken festhielten, daß ein — bisweilen recht schön ger — Frack eine Stütze des Ansehens wäre, Gelegenheit giebt, auch für ihren Theil sich pro oder contra zu entscheiden. Auch im Jahre 1848 war eine Anti-Frachbewegung vorhnden. Sie ging damals von unten aus und wurde im Jahre 1849 gelnidit, wie manches Andere. Heute kommt sie aus den oberen Kreisen der Gesellschaft, selbst von Berlin. Werden wir ihr noch lange widerstehen wollen?“

Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Kafemann in Danzig.